

MARKUS GISLER

Schaffen Sie Lehrstellen!

Wirtschaftsexperte Markus Gislis über soziale Verantwortung

Rund 5500 Schulabgänger sind derzeit noch ohne Lehrstelle. Eine grauenvolle Vorstellung, einen Jugendlichen statt zur Arbeit erst mal zum Arbeitsamt zu schicken, verbunden mit der Botschaft: «Diese Gesellschaft kann dich nicht gebrauchen.» Das Trauma wird sich tief in die Seele eingraben. Das darf uns nicht gleichgültig sein. Lösungen müssen her. Manche Betriebe (zum Beispiel Coop) sind sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst und bieten mehr Lehrstellen an. Das ist dringend nötig, drängen doch in den nächsten drei Jahren geburtenstarke Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt.

Deshalb hat jetzt Travail Suisse (ein gewerkschaftlicher Dachverband), einen befristeten Lösungsvorschlag präsentiert: Jede Firma, die bisher schon Lehrlinge ausbildet, soll für jede zusätzlich geschaffene Lehrstelle mit 5000 Franken entschädigt werden. Eine gewisse Sympathie muss man diesem Vorschlag entgegenbringen, vor allem, weil er einfach zu kommunizieren ist und Signalwirkung hätte.

Doch Travail Suisse weiss, dass der Vorschlag beim zuständigen Bundesamt für Berufsbildung kein Gehör finden wird. Die Idee bräuchte nämlich den Sukkurs der Chefin, Ursula Renold, doch diese setzt auf differenzierte Lösungen. Auch reicht für eine seriöse Abklärung die Zeit nicht. Und Doris Leuthard als zuständige Wirtschaftsministerin wird sich hüten, dem Bundesrat an ihrer ersten Sitzung gleich einen unausgegorenen Subventionsantrag zu unterbreiten und damit auf die Nase zu fallen.

Das Problem lässt sich mit finanziellen Anreizen nicht lösen. Für eine zunehmende Zahl von Schulabgängern – für die leistungsschwachen und für jene mit Sprach- oder Motivationsproblemen – ist eine Lehre zu anspruchsvoll. Sie bleiben ohne Stelle. Seit der Aufwertung der KV-Lehre haben auch manche Klein- und Mittelbetriebe aufgehört, Lehrlinge auszubilden. Stattdessen findet die Idee einer zweijährigen «Kurzlehre mit Attest» zunehmend Interesse.

Kurzfristig kann das Problem entschärft werden, wenn sich die Arbeitgeber auf ihre Verantwortung besinnen. Gehen Sie über die Bücher! Schaffen Sie noch eine Lehrstelle! Wer das tut, verbessert sein Image als attraktiver Arbeitgeber. Davon werden Sie schon bald profitieren. Ab 2009 drängen weniger Schulabgänger auf den Markt, und bald wird man sich um Arbeitskräfte reissen.

Milliardenrisiken für die Banken

Erste Kunden verlangen von Finanzfirmen die Rückerstattung von Retrozessionen

VON MARCO ZANCHI UND MEINRAD BALLMER

ZÜRICH Banken, Vermögensverwaltern, Treuhändern, Versicherungsbrokern und anderen Finanzfirmen drohen Rückforderungen in der Höhe von mehreren Milliarden Franken. Auslöser für die von Anlegern zu erwartenden Klagen ist ein Bundesgerichtsentscheid. Darin hält das Gericht fest, dass Geld, das Vermögensverwalter als Kickbacks, Retrozessionen, Finder's Fees, Vermittlungskommissionen, Rabatte oder Schmiergelder erhalten – und stillschweigend einstreichen – ihren Kunden gehört.

Inzwischen sind bei Grossbanken erste Forderungen eingetroffen. Kunden haben eine Abrechnung über die im Zusammenhang mit ihren Aufträgen eingenommenen Retrozessionen verlangt. Mit ähnlichen Schreiben müssen Vermögensverwalter rechnen, die die eingestrichenen Kickbacks nicht offen gelegt haben. Im Durchschnitt beläuft sich bei externen Kapitalverwaltern der Anteil der Retrozessionen an ihren Erträgen auf etwa ein Drittel.

Die Branche verwaltet 500 Milliarden Franken

Sicher ist, dass es bei den vorenthaltenen Zahlungen mindestens um einen grösseren einstelligen Milliardenbetrag geht. Denn das Urteil des Bundesgerichts greift bei allen Kundenbeziehungen, die rechtlich als Auftrag zu qualifizieren sind. Dieser Vertragstyp ist in der Finanzbranche weit verbreitet, genauso wie die Praxis verdeckter Zahlungen. Eine an der Uni Zürich vorgelegte Dissertation kommt zum Ergebnis, dass acht von zehn unabhängigen Vermögensverwaltern die Retrozessionen, die sie einstreichen, nicht an die Kunden weitergeben. Vier von zehn legen die Höhe dieser Zahlungen gegenüber den Kunden nicht offen oder nur auf Anfrage – obwohl sie dazu verpflichtet wären.

Die Branche verwaltet gesamthaft rund 500 Milliarden Franken. Davon bleiben im Durchschnitt 0,35 Prozent beim Vermögensverwalter «hängen». Das sind über 1,5 Milliarden Franken pro Jahr – der Grossteil davon widerrechtlich verdeckt. Typisch sind Retros auch im Fondsgeschäft. Der Schweizer Markt weist ein Volumen von 560 Milliarden Franken auf. Allein bei den Aktienfonds – Grössenordnung knapp 200 Milliarden Franken – fliessen aus der jährlichen Managementgebühren



ILLUSTRATION: IGOR KRAVARIK

WIE ANLEGER IHRE GUTHABEN EINFORDERN KÖNNEN

«Weiss der Kunde nichts von Retrozessionen, vermutet er aber, dass solche ausgerichtet worden sein könnten, so muss er den Vermögensverwalter zunächst zur **Rechenschaftsablegung auffordern**. Gemäss Artikel 400 Absatz 1 Obligationenrecht ist der Vermögensverwalter verpflichtet, dem Kunden Rechenschaft über Bezug und

Höhe des Bezugs abzulegen», sagt der Zürcher Rechtsanwalt Rolf Kuhn. Dasselbe kann für Bankkunden gelten, die ihre Bank beauftragt haben, Anlagefonds oder andere Finanzprodukte von Drittanbietern zu kaufen. **Weigert sich der Vermögensverwalter** oder die Bank, die Höhe der einbehaltenen Retrozessionen bekannt zu geben,

müsste der Kunde auf Rechenschaftsablegung bzw. auf Herausgabe der Retrozession **klagen**. Der auf Gruppenklagen spezialisierte Zürcher Rechtsanwalt Daniel Fischer sammelt Anleger, die ihre Ansprüche durchsetzen wollen. **Musterbriefe** zur Rückforderung von Retrozessionen stehen auf www.sonntagszeitung.ch

von 1 bis 2 Prozent die Hälfte oder 1 bis 2 Milliarden Franken an Banken, Vermögensverwalter oder Vermittler. Dieser Betrag steigt weiter, wenn man berücksichtigt, dass Anlegern beim Fondskauf bis zu 5 Prozent abgezwickelt werden. Schätzungsweise die Hälfte davon geht an den externen Vermögensverwalter oder die Bank, die den Fonds für den Kunden gekauft oder empfohlen haben. Zusammen gerechnet ergibt das mehrere Milliarden Franken. Berücksichtigt man weiter, dass Ansprüche auf Rückerstattung erst nach zehn Jahren verjähren, ist es nicht vermessend, die mögliche Forderungssumme auf einen zweistelligen Milliardenbetrag zu schätzen.

Auch wer bei einer Bank ein Depot unterhält und sein Ersparnis selbst anlegt, kann davon betroffen sein. Zum Beispiel, wenn er Fondsanteile oder strukturierte Finanzprodukte erwirbt, die ihm sein Banker empfohlen hat.

UBS und Credit Suisse tun, als wäre nichts passiert

Wie reagieren die Banken auf den Grundsatzentscheid des Bundesgerichts? UBS und Credit Suisse tun so, als sei gar nichts passiert: Es bestehe kein unmittelbarer Handlungsbedarf, sagen sie übereinstimmend. Die Rechtsauffassung des Gerichts decke sich in den «Kernpunkten» mit der eigenen, sagt die UBS. Die Zürcher Kantonalbank will sich Mitte Monat dazu äussern.

Agieren sie als Vermögensverwalterin, sagt die CS weiter, erkläre sich der Kunde «ausdrücklich» damit einverstanden, dass Retrozessionen, welche die Bank im Zusammenhang mit der Vermögensverwaltung erhalte, von der Bank als zusätzliches Honorar einbehalten werden dürfen.

Die UBS sagt, die Vermögensverwaltungsverträge enthielten einen Passus, der die Kunden über «den Erhalt von Retrozessionen und deren Einbehaltung im Sinne einer zusätzlichen Kompensation aufklärt». Bei der Vermögensverwaltung durch Externe mache UBS die Endkunden darauf aufmerksam, dass der externe Vermögensverwalter «eventuell» Retrozessionen von der Bank erhalte.

Die Praxis von Banken und Vermögensverwaltern, die Höhe der Retrozessionen gegenüber den Kunden nicht offen zu legen, steht gemäss Urteil des Bundesgerichts im Widerspruch zum Gesetz: Der Kunde muss genau wissen, worauf er verzichtet, damit eine Verzichtserklärung gültig ist.

Sicherheitsproblem in indischen Callcentern

Geringe Kosten und ein grosser Personal-Pool lassen viele Banken die Risiken unterschätzen

HONGKONG Indien avancierte zum Mekka der Callcenter. Doch nun finden Banken heraus, dass ihnen das Outsourcing wenig erwartete Risiken beschert. «Wir empfehlen, nicht aufs Geld zu schauen, wenn es um sensible Dinge geht», sagt Phil Lomax. Er weiss, worüber er spricht, denn die Kroll Security International in Hongkong steht in Sachen Risikomanagement in Asien an der Seite vieler westlicher Unternehmen. Wie im Fall der Bank HSBC, die einen Mitarbeiter in ihrem Callcenter im indischen Bangalore entdeckte, der Infor-

mationen von Bankkunden für 1700 Dollar an eine Gang in London verkaufte. Diese erleichterte flugs 16 Konten um 420 000 Dollar.

«Zu viele Banken interessieren sich zu sehr für die geringeren Kosten und den Pool verfügbaren Personals und zu wenig für die Risiken», kritisiert Lomax. «Verlässliche Personalchecks sind in Indien ein Problem, und das auch aus einigen kulturellen Gründen.»

Vor allem grosse Retailbanken, die ähnlich der HSBC Kontenmanagement und andere Back-office-Operationen in Richtung

Ganges und Bramaputra verlegt haben, sind gefährdet.

Wie steht es mit den Schweizer Banken? Der UBS zum Beispiel, die seit Juni ihr wichtigstes Offshore-Zentrum in Hyderabad hochfährt. Ende kommenden Jahres sollen dort 1500 Beschäftigte tätig sein. «Analysen und verbundene Transfers sind dort der Schwerpunkt», sagt Mark Panday, der Sprecher der UBS in Hongkong. «Wir kalkulieren unsere Risiken scharf.» Neben Sydney würden sensiblere Aufgaben in den Zentren in Singapur und Hongkong abgewickelt. Die Credit

Suisse managt ebenfalls Zentren in Singapur und Hongkong. Kroll zählt beide Metropolen zu den sichereren Plätzen für IT-Outsourcings in der Region. «Indien und die Philippinen sind wesentlich riskanter», sagt Lomax.

Banken, die sich in einer ähnlichen Lage wie die HSBC befinden, haben klingvolle Namen. Die Deutsche Bank managt in Bangalore ihre Deutsche Bank Networks Services, die jährlich um die zwei Milliarden Dollar einsparen hilft. Die Citibank beschäftigt 2500 Personen in Mumbai und Chennai.

Bei der Bank of America sind es 1500 Angestellte in Mumbai und Hyderabad. Und die ABN Amro lässt einen guten Teil ihrer Konten von 2000 Beschäftigten in Delhi und Gurgaon verwalten.

Mittlerweile hat das Sicherheitsproblem in indischen Callcentern Ausmasse erreicht, die den britischen Industrieverband Amicus veranlassten, die staatliche Financial Services Authority und Information Commission aufzufordern, einen Audit über die Verlässlichkeit indischer IT Centers zu verfassen. JAN HOEHN